

Kleine Anfrage Thomas Fuchs/Janosch Weyermann (SVP): Gewaltbereiten Extremismus in Bern ächten

Gemäss Medienmitteilung der Kantonspolizei Bern sind am vergangenen Samstag, 23. Oktober 2021, vor der Reitschule einmal mehr Polizisten Opfer eines Angriffs geworden. Diese wurden bei der Unfallaufnahme (!) auf der Schützenmatte mit Steinwürfen angegriffen, es wurden mehrere Fahrzeuge beschädigt sowie eine Unfallbeteiligte leicht verletzt. Gemäss Mitteilung der Kantonspolizei haben sich die Angreifer – wie so oft – anschliessend in die Reithalle zurückgezogen, ohne dass diese weiterverfolgt wurden. Bekanntlich ist die Reitschule nicht selten Ausgangspunkt von unbewilligten und gewaltbeladenen Demonstrationen, welche oft zu grossen Sachbeschädigungen und verletzten Polizei- und Sanitätsbeamten führen, wie frühere Antifa-Demonstrationen und Tanz-Dich-Frei-Aktionen eindrücklich belegen. Offensichtlich hat die mehrheitlich rot grüne Stadtregierung bislang – wohl auch aus ideologischen Gründen – bei linksextremer Gewalt allzu lange weggeschaut.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie lange will der rot grüne Gemeinderat dem gewaltbereiten Treiben rund um die Reitschule noch zusehen?
2. Welche Massnahmen gedenkt die Stadtregierung gegen gewalttätigen Extremismus jeglicher Art in der Stadt Bern vorzunehmen?
3. Ist der rot grün dominierte Gemeinderat willens, künftig gegen den gewalttätigen Linksextremismus mit der gleichen Härte des Gesetzes vorzugehen, so wie er es jüngst gegen coronamassnahmenskeptische Kreise befürwortet hat?

Bern, 28. Oktober 2021

Erstunterzeichnende: Thomas Fuchs, Janosch Weyermann

Mitunterzeichnende: -

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat prüft laufend Massnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich, um die Situation im Bereich Reitschule/Schützenmatte zu optimieren. Die Anhaltung und Ermittlung der Täterschaft im vorliegenden Falle liegen jedoch im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich von Polizei und Justiz. Der Gemeinderat hat zur Kenntnis genommen, dass die Kantonspolizei einen Hausdurchsuchungsbefehl bei der Justiz beantragt hat, welcher aber von dieser abgelehnt wurde.

Zu Frage 2:

Die Stadt Bern ist in der Prävention und Bekämpfung des Extremismus aktiv und setzt verschiedenste Massnahmen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus um. Die Fachstelle des Amtes für Erwachsenen- und Kinderschutz leitet die Kerngruppe Extremismus als operatives Gefäss in Bern und ist mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren aus der Verwaltung auf allen politischen Ebenen Berns und der Schweiz sowie aus der Praxis und Wissenschaft im In- und Ausland vernetzt. Die Fachstelle ist in der Präventions- und Sensibilisierungsarbeit tätig, wo sie im Rahmen der politischen Bildung und grundsätzlicher Gewaltpräventionsarbeit gegen alle Formen von Extremis-

mus verschiedene Initiativen, Projekte und Massnahmen umsetzt. Aktuelles Beispiel ist das Projekt Bärestarch – Gewaltprävention in den Sportvereinen der Stadt Bern.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat verurteilt jegliche Gewalt, so auch den Vorfall vom 23. Oktober 2021. Corona-skeptische Kreise konnten ihre Meinung im Rahmen einer bewilligten Grosskundgebung am selben Tag kundtun. Der Gemeinderat hat die Kantonspolizei beauftragt, den sich ständig wiederholenden unbewilligten Kundgebungen aus diesen Kreisen entgegen zu treten. Solche Aufträge werden von der Kantonspolizei im Rahmen der Verhältnismässigkeit umgesetzt. Analoge Aufträge und deren Vollzug erfolgten in der Vergangenheit auch bei Aufrufen zu unbewilligten Kundgebungen aus linksautonomen Kreisen.

Bern, 24. November 2021

Der Gemeinderat